

Chancen geben und Chancen nutzen: Aufbruch in eine neue Migrationspolitik

... unter diesem Motto stand der 24. August, an dem Filiz Polat im Landkreis Cuxhaven war. Filiz Polat ist Bundestagsabgeordnete, parlamentarische Geschäftsführerin und langjährig politisch engagiert im Themenbereich „Flucht und Migration“ – hier ist sie Expertin. Ihre Kenntnisse, wie es in der Praxis aussieht – für die Geflüchteten, für die Ehrenamtlichen und die in den Behörden Beschäftigten – machen möglich, konkret Gesetzesänderungen anzuschließen, um der humanitären Verantwortung gerecht zu werden und Deutschland als modernes Einwanderungsland zu gestalten.

Was steht an? Es gelang, in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung wesentliche Eckpunkte der humanitären Verantwortung festzuschreiben.

Hier einige Beispiele:

beim Aufenthalts- und Bleiberecht

Ziel ist ein stimmiges, widerspruchsfreies Einwanderungsrecht: Beschleunigung bei der Visavergabe, Digitalisierung sind die Stichworte.

bei den Duldungstatbeständen

Hier geht es um die Ordnung des komplizierten Systems der Duldungstatbestände und darum für Menschen, die bereits ein Teil unserer Gesellschaft geworden sind, neue Chancen zu eröffnen und nicht jahre- und jahrzehntelang im unsicheren Status der Duldung (der immer wieder von neuem verlängert werden muss) zu belassen. Gut integrierte Jugendliche sollen nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland und bis zum 27. Lebensjahr die Möglichkeit für ein Bleiberecht bekommen. Besondere Integrationsleistungen von Geduldeten werden gewürdigt, indem nach sechs bzw. vier Jahren bei Familien ein Bleiberecht eröffnet wird. Der bisherigen Praxis der Kettenduldungen wird ein Chancen-Aufenthaltsrecht entgegen gesetzt: Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, sollen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen.

Machen Geduldete eine Ausbildung, so sollen sie eine Aufenthaltserlaubnis erhalten – damit kann verhindert werden, dass in der Ausbildung Abschiebungen ausgesprochen werden – wie in der Vergangenheit des Öfteren geschehen. Für die Betriebe besteht ebenfalls Rechtssicherheit. – Ähnliches soll für Beschäftigte gelten, die Beschäftigungsduldung soll entfristet werden.

bei der Integration

Von Anfang an sollen Integrationskurse angeboten werden: gute Erreichbarkeit der Lernorte, schulnahe Angebote für Kinder und Jugendliche – all das gehört dazu.

Der Bund soll sich stets und verlässlich an den Kosten der Länder und Kommunen beteiligen. So ist auch eine vernetzte, rechtskreisübergreifende, zukunftsorientierte kommunale Integrationsarbeit möglich.

bei den Asylverfahren

Asylverfahren müssen fair, zügig und rechtssicher ablaufen. Die Widerrufsprüfung wird künftig wieder anlassbezogen erfolgen. Verwaltungsgerichte können entlastet werden, indem das BAMF qualitativ hochwertige Entscheidungen trifft. Heute sind viele Verfahren im gerichtlichen Verfahren (viele erfolgreich). Ziel ist eine flächendeckende, behördenunabhängige Asylverfahrensberatung, dadurch sind Unterstützung und Verfahrensbeschleunigung möglich. Vulnerable Gruppen sollen von Anfang an besonders unterstützt werden.

bei den Fluchtwegen

Ziel ist es, der humanitären Verantwortung in der Welt nachzukommen, indem legale Fluchtwege geschaffen werden – etwa über mehr Resettlement. Damit ist eine gesteuerte Migration möglich und den Menschen in den Lagern werden Perspektiven eröffnet. Familien gehören selbstverständlich zusammen und stehen unter einem besonderen Schutz; deswegen soll der Familiennachzug erleichtert werden.

... dies alles und noch viel mehr nachzulesen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung „Mehr Fortschritt wagen“

Dieser Beitrag wurde von Elke-Roskosch-Buntemeyer zusammengestellt.



Nach dem Fachgespräch mit einigen Gesprächsteilnehmenden vor dem Nestwerk



Nach dem Besuch des Maritimen Sicherheitszentrums

v. l. Herr Erkner,
Filiz Polat
Herr Mahler
Herr Kunze



Bei der Veranstaltung im „Lokschuppen“ im Bürgerbahnhof – viele ehrenamtlich Tätige waren anwesend. Sie berichteten aus ihren Erfahrungen. Filiz Polat stellte die geplanten Gesetzesänderungen dar und nahm die Anregungen der Ehrenamtlichen aus der Praxis auf.

